

OFFENBACH-POST

Offenbacher Zeitung

Montag, 12. September 2022

Nr. 212 · D 5461 · B1 · € 1,80

Anlaufstelle für Kinder

Hilfe-Inseln unterstützen junge Menschen im Notfall » HESSEN SEITE 5

Frankfurter Frust

Eintracht-Trainer Oliver Glasner redet sich in Rage » SPORT SEITE 27

Eigene Ausstellung

New Yorker MoMa ehrt Fotograf Wolfgang Tillmans » KULTUR SEITE 7



Böhn bleibt Rathauschef in Hainburg

Hainburg – Auf den Tag genau sechs Jahre später hatte Hainburgs Rathauschef Alexander Böhn erneut Grund zu Freude: Der Amtsinhaber ist von den Wählern als Bürgermeister bestätigt worden. Mit 74,0 Prozent der Stimmen setzte sich der CDU-Politiker gegen seinen Herausforderer Cliff Hollmann (Grüne) durch, der 26,0 Prozent der Stimmen erhielt. „Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler“, sagte ein sichtlich erleichtertes Alexander Böhn im Anschluss. Hollmann wiederum wirkte geknickt. „Ich hatte mir mehr erhofft“, gab er zu. Die Wahlbeteiligung in Hainburg lag bei nur 43,6 Prozent – 2016 hatten noch 52,2 Prozent der Wahlberechtigten ihr Kreuzchen gesetzt. » SEITE 22

EIN-SPRUCH



„Lockdowns sind nicht mehr vertretbar. Es sei denn, wir kämen zurück in die pandemische Lage. Die Gefahr sehe ich aber nicht.“

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sieht keine Notwendigkeit mehr für flächendeckende Schließungen.

OFFENBACH

Mann erschossen

Bei einer Schießerei in einer Bar in der Friedhofstraße in Offenbach ist gestern Abend ein 48 Jahre alter Mann erschossen worden, ein weiterer wurde schwer verletzt. Der oder die Täter sind geflüchtet. Nach ihnen wird landesweit gesucht. » SEITE 9

EGELSBACH

Verkehrs-Ideen

Warum nicht überall rechts vor links? Das war eine von vielen Ideen, die Prof. Jürgen Follmann und seine Studenten der Hochschule Darmstadt bei einem Rundgang vorstellten – der Startschuss auf dem Weg zum neuen Verkehrskonzept. » SEITE 16

NAHAUFNAHME

Dem König nah

Der König bekommt ein neues Reich: Im Frankfurter Zoo hat der Neubau des Löwengeheges begonnen. Es ist ein Projekt mit langer Vorgeschichte und Teil des Konzeptes „Zookunft 2030“. Besucher sollen so den Tieren viel näher kommen. » SEITE 4

111930 Euro in 24 Stunden

Die Ehrenrunde gestern Mittag haben sich die Teilnehmer des 24-Stunden-Laufs in Dudenhofen redlich verdient. Nicht nur für die sportliche Leistung, sondern vor allem für die erlaufene Spendensumme in Höhe von 111 930 Euro. Sie kommt wie immer dem Verein „Gemeinsam mit Behinderten“ zugute. Obwohl deutlich weniger Teams wie bei der letzten Austragung vor der Coronapandemie an den Start gingen, kamen mehr Spenden zusammen. » RODGAW SEITE 23



Ukrainische Gegenoffensive zeigt Erfolge

Kiew fordert Kampfpanzer – Kernkraftwerk Saporischschja wird heruntergefahren

Kiew – Das ukrainische Militär ist mit seiner Gegenoffensive im Osten des Landes massiv erfolgreich. Sechseinhalb Monate nach dem Einmarsch in den Nachbarstaat ließ Moskau seine Einheiten einen Großteil der ukrainischen Region Charkiw an der Grenze zu Russland räumen, wie das russische Verteidigungsministerium auf Karten zeigte. Der ukrainische Generalstab meldete umfangreiche Geländegewinne. Zugleich fordert die Ukraine vom Westen weitere Panzer und Waffen, um den Druck auf die russischen Truppen hoch zu halten. Außenminister Dmytro Kuleba unterstrich nach einem Treffen mit Amtskollegen Annalena Baerbock (Grüne) in Kiew, dass deutsche Leopard-2-Panzer dringend benötigt werden. Baerbock äußerte sich bei ihrem zweiten Überraschungs-

besuch in dem Kriegsland zu nächst zurückhaltend. Andere führende Politiker der Ampelkoalition aus der SPD und der FDP sprachen sich für mehr Lieferungen, etwa den Panzer Leopard 2, aus. Angesichts des wochenlangen Beschlusses wurde das Kernkraftwerk Saporischschja heruntergefahren. Moskaus Truppen zogen sich komplett auf eine Linie hinter die Flüsse Oskil und Siwerskyi Donez zurück. Kommentiert wurde der Rückzug nicht. Zuvor war von einer „Umgruppierung“ die Rede, um die Einheiten im Donezker Gebiet zu verstärken. Anfang der Woche hatte die russische Armee noch etwa ein Drittel des Charkiwer Gebietes kontrolliert. Der ukrainische Generalstab bezifferte die Geländegewinne auf mehr als 3000 Qua-

dratkilometer – eine Fläche deutlich größer als das Saarland. Zuletzt hatte Russland rund 125 000 Quadratkilometer, das ist etwa ein Fünftel des ukrainischen Staatsgebietes inklusive der Halbinsel Krim, besetzt gehalten. Mit ihrer erst zu Wochenbeginn gestarteten Gegenoffensive hat die Ukraine laut US-Experten innerhalb von fünf Tagen mehr Gelände zurück-

gewonnen als die russischen Truppen seit April besetzt haben. „Die Befreiung von Isjum wird der größte militärische Erfolg der Ukraine seit dem Sieg in der Schlacht vor Kiew im März“, urteilte das Institut for the Study of the War (ISW) in einer Lageanalyse. Damit sei der von Russland geplante Vormarsch auf den Donbass von Norden her gescheitert, meinten die Exper-

ten. Offenbar schafften nicht alle russischen Truppen den Rückzug. Im Raum Charkiw seien feindliche Einheiten von den Versorgungswegen abgeschnitten und in Panik, teilte der ukrainische Generalstab mit. 400 Russen seien an einem Tag gestorben. Die Angaben sind unabhängig nicht zu überprüfen. Die Ukraine und auch führende Politiker innerhalb der

Ampelkoalition drängen die Bundesregierung zur Lieferung von Kampfpanzern. „Jeden Tag, an dem in Berlin jemand darüber nachdenkt oder darüber berät, ob man Panzer liefern kann oder nicht (...), stirbt jemand in der Ukraine, weil der Panzer noch nicht eingetroffen ist“, sagte Außenminister Dmytro Kuleba nach seinem Treffen mit Annalena Baerbock in Kiew. Unterdessen wird das Atomkraftwerk Saporischschja heruntergefahren. „Es wurde entschieden, den Reaktorblock Nummer sechs in den sichersten Zustand – den Kaltzustand – zu versetzen“, teilte die Atombehörde Enerhoatom mit. Das Akw gerät seit Wochen immer wieder unter Beschuss. Russland und die Ukraine geben sich gegenseitig die Schuld dafür. » POLITIK

Lawrow signalisiert Verhandlungsbereitschaft

Die russische Führung hat Verhandlungen mit Kiew in Aussicht gestellt. „Russland lehnt Verhandlungen mit der Ukraine nicht ab, doch je länger der Prozess hinausgezögert wird, desto schwerer wird es, sich zu einigen“, sagte Außenminister Sergej Lawrow im Staatsfernsehen. Die Verhandlungen, die kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen das Nachbarland be-

gannen, sind seit Monaten ausgesetzt. Offiziell macht Moskau für den Verhandlungsstopp Kiew verantwortlich. Russland stellt für einen Frieden allerdings harte Bedingungen. So soll die Ukraine nicht nur auf einen Nato-Beitritt verzichten, sondern auch hohen Gebietsverlusten zustimmen. So hat Moskau die Abtretung der Gebiete Donezk und Luhansk gefordert. » POLITIK

CDU für soziales Pflichtjahr

Auf Parteitag demonstrieren Merz und Söder den Schulterschluss

ihrem historisch schlechtesten Ergebnis von 24,1 Prozent nach 16 Jahren Regierungszeit von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in die Opposition gestürzt. Derzeit liegt sie im Umfragen wieder vor Grünen und SPD. Die CDU und die bayerische Schwesterpartei CSU demonstrieren auf dem Parteitag einen neuen Schulterschluss. CSU-Chef Markus Söder räumte unter dem Applaus der Delegierten ein, im vergangenen Jahr seien Fehler gemacht worden, „natürlich

aus dem mir“. Merz sagte nach Söders Rede zu dem bayerischen Ministerpräsidenten, man arbeite und kämpfe gut, freundschaftlich und vertrauensvoll zusammen. „Wir sind dabei geschlossen wie selten zuvor.“ Söder sagte vor den Delegierten: „Ich weiß, 2021 war nicht unser bestes Jahr.“ Zugleich versicherte er: „Wir haben daraus gelernt.“ Der Neustart 2022 sei „nicht nur besser gelaufen, als es die Linken erhofft haben.“ Beim früheren Koalitionspartner FDP stieß die von der CDU angestrebte bundesweite Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres für junge Menschen auf Kritik. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) schrieb gestern bei Twitter: „Die jungen Leute haben in der Pandemie schon genug gelitten. Der Staat darf nicht einfach noch ein Jahr ihres Lebens enteignen.“ » POLITIK

aus dem mir“. Merz sagte nach Söders Rede zu dem bayerischen Ministerpräsidenten, man arbeite und kämpfe gut, freundschaftlich und vertrauensvoll zusammen. „Wir sind dabei geschlossen wie selten zuvor.“ Söder sagte vor den Delegierten: „Ich weiß, 2021 war nicht unser bestes Jahr.“ Zugleich versicherte er: „Wir haben daraus gelernt.“ Der Neustart 2022 sei „nicht nur besser gelaufen, als es die Linken erhofft haben.“ Beim früheren Koalitionspartner FDP stieß die von der CDU angestrebte bundesweite Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres für junge Menschen auf Kritik. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) schrieb gestern bei Twitter: „Die jungen Leute haben in der Pandemie schon genug gelitten. Der Staat darf nicht einfach noch ein Jahr ihres Lebens enteignen.“ » POLITIK



Zeigten sich einig auf dem CDU-Parteitag: Friedrich Merz (links) und Markus Söder. FOTO: DPA

Syrische Flüchtlinge planen „Karawane“

Istanbul – Syrische Flüchtlinge in der Türkei planen eine Flüchtlings-„Karawane“ Richtung EU. Wie die Nachrichtenagentur AFP erfuhr, werden im Onlineidee Telegram seit sechs Tagen Aufrufe verschickt, damit in der Türkei lebende Migranten sich der Aktion anschließen. Inzwischen folgten rund 70 000 Nutzer auf Telegram den Mitteil-

ungen zu dem Thema. Die Organisatoren rufen syrische Flüchtlinge darin dazu auf, sich mit Schlafsäcken, Zelten, Rettungswesten, Trinkwasser, Konserven und Erste-Hilfe-Sets auszurüsten. Der Konvoi soll den Angaben zufolge in Gruppen von jeweils maximal 50 Personen mit je einem Anführer aufgestellt werden. » POLITIK

Mehrheit für gerechtere Vermögensverteilung

Gütersloh – Eine große Mehrheit der Menschen findet einer Umfrage zufolge, dass Reiche mehr von ihrem Vermögen abgeben müssten. Die Bertelsmann-Stiftung verwies auf eine repräsentative Umfrage zum Gerechtigkeitsempfinden. Die Ergebnisse zeigten einerseits, dass der Wunsch nach einem Ausgleich groß

ist. So seien 75 Prozent der Befragten für die Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich. Andererseits seien aber nur 37 Prozent bereit, dafür selbst höhere Steuern zu zahlen. Wer weniger verdient, ist den Angaben zufolge eher bereit, etwas abzugeben, als jene, die über mehr Geld verfügen. » POLITIK

HEUTE Morgen 24° / 10° 24° / 12°

GEWINNZAHLEN SEITE 5
RÄTSEL SEITE 8
TV-PROGRAMM SEITE 18
WETTER SEITE 26

Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co. KG
63002 Offenbach
Postfach 100263
Abonnement: ☎ 069 85008-5
Zentrale: ☎ 069 85008-0
Anzeigen: ☎ 069 85008-8
anzeigen@op-online.de
leserservice@op-online.de

